

FDP-Landtagsfraktion · Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 · 01067 Dresden

Bürgerinitiative Bahnemission Elbtal e. V.
Vorstand
Herrn Michael Krebs
Anne-Frank-Weg 38
01640 Coswig

Dresden, den 26.03.2013

Schienenlärm im Elbtal

Sehr geehrter Herr Krebs,

vielen Dank für Ihr Schreiben, welches auch meine Fraktionskollegen erreicht hat. Ich möchte Ihnen auch im Namen meiner Kollegen antworten. Wir sind uns einig, dass Schienenlärm für die Betroffenen eine Belastung ist. Aus diesem Grund hat die Bundesregierung aus CDU und FDP Maßnahmen ergriffen, die Belastung der Anwohner an Schienenstrecken zu mindern.

Bereits jetzt gibt die Bundesregierung jährlich 100 Millionen Euro für Schallschutzmaßnahmen an bereits vorhandenen Strecken aus. Zudem werden Mittel zur Erprobung neuer Technologien zum Lärm- und Erschütterungsschutz am Fahrweg zur Verfügung gestellt. So wird beispielsweise in Weinböhla ein neues lärmarmes Schienenprofil erprobt. Im oberen Elbtal (Bad Schandau und Krippen) sollen sogenannte Isolierstöße erprobt werden. Dadurch wird die Lärmentwicklung direkt an den Gleisen reduziert.

Die Bahn darf bisher aufgrund der aktuellen Gesetzeslage generell fünf Dezibel lauter fahren als andere Verkehrsteilnehmer. Wir haben die Abschaffung dieses Lärmprivilegs, des sogenannten „Schienenbonus“, auf den Weg gebracht. Leider wird diese Initiative vorerst durch die rot-grüne Mehrheit im Bundesrat blockiert. Ein lärmabhängiges Trassenpreissystem im Güterverkehr wurde bereits im letzten Dezember von CDU und FDP beschlossen. Das macht es für die Betreiber der Güterwagen attraktiver, in lärmmindernde Maßnahmen an den Wagen zu investieren. Im Leitbild des neuen sächsischen Landesverkehrsplans haben wir die Minderung der Verkehrslärmbelastung explizit festgeschrieben. Darüber hinaus setzen wir uns gegenüber der EU für einen Neubau der Strecke Dresden-Prag unter dem Erzgebirge ein. Dies würde das obere Elbtal erheblich vom Schienenlärm entlasten.

Wir haben dem Antrag der SPD im Januar dieses Jahres im Plenum nicht zugestimmt, da die geforderten Maßnahmen bereits getroffen waren, sich in der Umsetzung befanden oder ungeeignet waren. Der Antrag der SPD war nach meiner Auffassung vor allem scheinheilig. Denn klar ist: Mit den bereits getroffenen Maßnahmen hat die derzeitige Bundes- und Landesregierung aus CDU und FDP deutlich mehr gegen den Bahnlärm getan als die SPD zu der Zeit, als sie selbst in Regierungsverantwortung war.

Zur Ehrlichkeit in dieser Diskussion gehört aber auch, dass die getroffenen Maßnahmen erst Schritt für Schritt wirksam werden. Gerade aufgrund der hohen Investitionssummen wird die Umsetzung weiter Zeit und Geduld in Anspruch nehmen. Allein die Umrüstung von Güterwagen (mit lärmarmen Bremsen), die in ganz Europa unterwegs sind, ist nicht kurzfristig zu schaffen.

Für weitere Fragen und Anregungen steht unser parlamentarischer Berater, Herr Philipp Behm, unter Telefon 0351 4934724 oder per E-Mail philipp.behm@slt.sachsen.de jederzeit gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Torsten Herbst
Verkehrspolitischer Sprecher